
Emilio Gabaglio

Für eine konsequente Europäisierung der Gewerkschaftspolitik

Emilio Gabaglio, geb. 1937 in Como, Studium der Wirtschaftswissenschaften, war seit 1974 Funktionär des CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori). Seit 1991 ist er Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

Die auf nationalstaatliche Konzepte fixierte Gewerkschaftspolitik hat ihre Zukunft seit längerem hinter sich. Das gilt in erster Linie - aber nicht nur - für die Entwicklung in Europa, und das gilt perspektivisch auch für das Herzstück gewerkschaftlicher Politik, die Tarif- und Kollektivvertragspolitik. Diesen mittlerweile verbreiteten Einsichten muß die Praxis der gewerkschaftlichen Politik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene folgen.

In der Programmatik fast aller Mitgliedsorganisationen des EGB ist die europäische Gewerkschaftspolitik seit langem als Priorität verankert. Die Dynamik der Europäischen Integration erfordert zwingend, aus vorausschauender Programmatik praktische Realität werden zu lassen. Dies ist nicht mit traditionellem Beharrungsvermögen zu bewältigen, sondern nur mit dem Mut und der Bereitschaft zur Veränderung von Politik und Arbeitsmethoden. Dabei geht es keineswegs nur um die Stärkung transnationaler gewerkschaftlicher Verbandsstrukturen, sondern auch um die Profilierung der transnationalen, insbesondere europäischen Komponente in allen Kernbereichen der gewerkschaftlichen Politik.

Prägend für den Prozeß der Europäischen Integration werden die Wirtschafts- und Währungsunion und die bevorstehende Erweiterung der Union um Staaten Mittel- und Osteuropas sein. Beide Entwicklungen stellen die Gewerkschaften in Europa vor komplexe Aufgaben.

Der EGB hat sich für die Wirtschafts- und Währungsunion ausgesprochen, weil ohne sie keine Konvergenz von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik (Sozialunion) erreicht werden kann. Ohne einen europäischen ordnungs-

politischen Rahmen bei gleichzeitig zunehmender Europäisierung der unternehmerischen Tätigkeit werden die nationalen Regulierungsmöglichkeiten im gesetzlichen und vertraglichen Bereich abnehmen, ohne daß an ihre Stelle angemessene europaweite Neuregelungen treten. Eine solche Entwicklung würde die sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeitnehmerschaft nachhaltig gefährden. Ein Scheitern der Währungsunion oder die Verzögerung der Einheitswährung wäre ein Rückschlag für die Integration und eine Stärkung für Renationalisierungstendenzen. Die Zustimmung des EGB zur Währungsunion ist allerdings an die Forderung gebunden, daß durch entsprechende Veränderungen des Maastricht-Vertrages die beschäftigungs- und die sozialpolitische Dimension gestärkt werden.

Wirtschafts- und Währungsunion: Herausforderung für europäische Gewerkschaftspolitik

Die derzeitige Debatte in einigen Mitgliedsländern - vor allem vor dem Hintergrund bereits abgeschlossener oder noch bevorstehender Wahlkämpfe - läßt zwei Tendenzen erkennen, die das Projekt der europäischen Einheitswährung in Frage stellen.

Die restriktive Haushaltspolitik einiger Regierungen läuft darauf hinaus, die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages und den damit verbundenen Kalender dazu zu nutzen, die sozialen Systeme im „Hauruck-Verfahren“ und ohne die unerläßlichen Konsultationen zu verändern. Somit gerät die Sozialpolitik zunehmend unter ein „monetäres Diktat“. Soziale Systeme werden dabei weniger den notwendigen Reformen als vielmehr einer systematischen Demontage unterzogen. Die ungebrochene Fortsetzung dieser Politik vor dem Hintergrund der nicht einmal stagnierenden, sondern nach wie vor zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und steigender sozialer Ausgrenzung produziert zunehmende Furcht der Menschen vor der Einheitswährung und mindert die Zustimmung zur Europäischen Integration.

Einige Zentralbanker und Finanzpolitiker vertreten eine dogmatische Position, was die Auslegung der Konvergenzkriterien im Zusatzprotokoll zum Vertrag angeht. Diese Auslegung entspricht nicht dem Wortlaut des Vertrages¹, sondern eher dem Interesse der besonders „reinen Lehre der Stabilitätspolitik“.

Die zweite Tendenz in der öffentlichen Diskussion bezieht ihr „Futter“ aus der ersten: die Behauptung, nationale Identität und Souveränität, die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Politik würden gefährdet², und die Sozialstaatssysteme ließen sich in einem europäischen Rahmen nicht aufrecht-

1 Artikel 104 c des Maastrichter Vertrages: Die Kommission... prüft die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran, ob das Verhältnis des... öffentlichen Defizits zum BIP einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, daß entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwertes bleibt.

2 Diese Argumentation ist nicht nur bei der nationalistischen Rechten verbreitet. Der Sprecher des linkssozialistischen französischen „Mouvement de Citoyens“. Jean-Pierre Chevenement, vertrat im Wahlkampf die Auffassung, über der „Rechten“ and der „Linken“ stünde „Frankreich“, und die Währungsunion unterstelle Frankreich faktisch den Richtlinien der deutschen Währungspolitik.

erhalten. Das Gegenteil trifft zu: Die Spielräume nationaler Politik werden im Kontext der Globalisierung stetig kleiner und schränken zunehmend auch die Perspektiven der Sozialpolitik im nationalen Rahmen ein. Deshalb ist die Entwicklung europäischer Dimensionen in der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik dringend erforderlich. Hier besteht ein deutliches Defizit an europäischer Politik. Souveränitätszugewinne sind im übrigen zukünftig vor allem über die Stärkung des gemeinsamen europäischen Interesses möglich.

Die Perspektive europäischer Kollektivertragspolitik ist für die Gewerkschaften unausweichlich. Wer zu Recht gesetzliche Bestimmungen auf der europäischen Ebene zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen und der Sicherung und Weiterentwicklung ihrer Rechte fordert, der muß auch für industrielle Beziehungen auf europäischer Ebene eintreten und dazu Strategien und Durchsetzungsinstrumente erarbeiten. Mit der Einheitswährung wird zukünftig auch das Feld der Lohnpolitik berührt. Die belgische Regierung hat diese Zukunft bereits antizipiert und richtet die jährlichen gesetzlichen Lohnanpassungen an den Lohnentwicklungen der Nachbarländer aus, insbesondere an denen in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich. Konzertierung und abgestimmte tarifpolitische Strategien müssen weiterentwickelt werden. Den deutschen Gewerkschaften kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Tarifabschlüsse in Deutschland haben sehr oft direkte Auswirkungen auf die Tarifpolitik und die Arbeitszeitpolitik in anderen Mitgliedsländern der Union. Dies verlangt ein starkes Engagement der deutschen Gewerkschaften auf allen Ebenen der europäischen Gewerkschaftspolitik, nicht nur, wenn es um die Durchsetzung von Standpunkten, sondern auch, wenn es um die Stärkung der europäischen Gewerkschaftsstrukturen geht.

Was die vertragspolitische Perspektive angeht, so hat der EGB als ein europäischer Bund, dem nationale Gewerkschaftsbünde und Europäische Gewerkschaftsverbände (Branchen und Sektoren) angehören, seine Aufgabe wahrzunehmen.³ Die Zukunft der europäischen Sozialbeziehungen wird jedoch nicht zuletzt davon abhängen, ob die Europäisierung der industriellen Beziehungen auf der Branchen- und Sektorebene gelingt.

Die europäische Thematik muß verstärkt in die sozialen Konflikte und Arbeitskämpfe aufgenommen werden. Ein Lehrstück ist der „Fall Renault-Vilvorde“. Die Entscheidung der Renault-Zentrale, die Filiale in Vilvorde bei Brüssel unter Mißachtung bestehender rechtlicher Verpflichtungen und ohne

3 Artikel 13 der Satzung ermächtigt den EGB zu Verhandlungen mit den europäischen Arbeitgeberorganisationen auf der Grundlage eines von der Exekutive mit qualifizierter Mehrheit erteilten Mandats, das auch die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation einbezieht. Ein erstes Abkommen über den Elternurlaub wurde getroffen. Bei Abfassung dieses Beitrages befanden sich die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Teilzeitarbeit in der Endphase.

jede Konsultation mit dem Europäischen Betriebsrat zu schließen, ist auf den entschiedenen Protest der Renault-Arbeiter nicht nur in Belgien, sondern auch in Frankreich, Spanien und Slowenien gestoßen. Mittlerweile haben belgische und französische Gerichte die Firmenzentrale zur Aufnahme von Konsultationen verpflichtet und die Entscheidung der Geschäftsleitung für nichtig erklärt. Die Renault-Arbeiter und ihre Gewerkschaften, vor allem auch der koordinierende Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB), haben den Protesten eine europäische Dimension gegeben und eine traditionelle Forderung des EGB, nämlich ein „soziales Europa“, aufgegriffen. Diese Forderung und die nach einem transnationalen Arbeitskampfrecht müssen Bestandteil der gewerkschaftlichen Strategie in allen Arbeitskämpfen werden. Ein sozialeres Europa wird nicht nur das Ergebnis politischer Prozesse, sondern auch das zielgerichteter sozialer Auseinandersetzungen sein. Die Fähigkeit zu Konflikt und zu Konsens werden auch Merkmale der europäischen Kultur industrieller Beziehungen werden müssen.

Osterweiterung: das europäische Sozialmodell bewahren

Erstaunlicherweise steht die bevorstehende Erweiterung der EU um zehn Staaten Ost- und Mitteleuropas⁴ nur ganz am Rande auf der Tagesordnung der allgemeinen Diskussion über Europa. Noch wird dieses Thema von der Debatte um die EWWU verdrängt. Dies wird sich in absehbarer Zeit ändern.

Im Frühjahr 1998, ein gutes halbes Jahr nach Abschluß der Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages, werden die Verhandlungen mit den Regierungen dieser Länder beginnen. Mit ihrem schnellen Abschluß ist nicht zu rechnen. Angesichts der besonderen internen Probleme dieser Länder, die gleichzeitig Integration und Transformation bewältigen müssen, ist mit (unterschiedlich) langen Übergangszeiten zu rechnen. Der bevorstehende Prozeß kann mit den vorhergegangenen Erweiterungen der Union nicht verglichen werden, denn in keinem bisherigen Fall mußten Beitrittsländer ihr gesamtes politisches und wirtschaftliches System so radikal umbauen, wie das in Mittel- und Osteuropa der Fall ist.

Aus guten Gründen hat der EGB den gewerkschaftlichen Integrationsprozeß vorweggenommen und in den vergangenen beiden Jahren eine ganze Reihe von Gewerkschaften aus diesen Ländern aufgenommen.⁵ Diese Antizipation entspricht den Interessen der Gewerkschaften „beider Seiten“. Die Osterweiterung wird, neben unbestritten positiven politischen und wirtschaftlichen Vorteilen, die sozialen Interessen auf „beiden Seiten“ auf harte Belastungsproben stellen.

Ost- und Mitteleuropa drohen zum Laboratorium für neo-liberale Feldversuche zu werden. Einige Regierungen sind dabei, Anleihen aus asiatischen

4 Polen, Tschechien, Ungarn. Slowakei. Estland, L'ettland. Litauen. Rumänien. Bulgarien und Slowenien.

5 Solidamosc, KOZ SR (Slowakei). CM KOS (Tschechien), MSZOSZ. LIGA, MOSZ (Ungarn). CITUB. PODKREPA (Bulgarien), Cartel Alfa, CNSLR Fraiia, BNS und CSDR (Rumänien); Autonom, SZEZ (Ungarn) und ZSSS (Slowenien) als Beobachter.

und lateinamerikanischen Sozialmodellen zu machen und dem europäischen Sozialstaatssystem weitgehend „entstaatlichte“ Alternativen vor die Haustür zu setzen. Gleichzeitig werden in einigen Ländern die Gewerkschaften durch Gesetzgebung und Regierungspraxis geschwächt, und Informationen über die Praxis ausländischer Investoren, Gewerkschaften auf Unternehmensebene auszuhebeln, häufen sich. Unter den Stichworten „Lohn- und Sozialdumping, Migrationsdruck, Betriebsverlagerungen, Kostendruck“ findet gleichzeitig auf der „Westseite“ Europas eine bislang noch verdeckte Debatte über die Risiken der Osterweiterung statt.

Das größte Risiko für die weitere Entwicklung in Europa jedoch wäre die Nichterweiterung. Die Globalisierung ist gleichzeitig mit einer Regionalisierung verbunden, in deren Rahmen es bislang lediglich zur Bildung regionaler „freier Märkte“ ohne jede politische Institutionalisierung und soziale Regulierung kommt. Demokratische und soziale Grundrechte sind keine unabdingbaren „Eintrittskarten“ für diese Wirtschaftsblöcke. Das einzige regionale Entwicklungsmodell, das über die reinen Gesetze des Marktes hinausgeht, ist die Europäische Union, Dieses Modell kann auf Dauer nur gesichert und entwickelt werden, wenn es die Staaten Ost- und Mitteleuropas integriert und zu einem internationalen Referenzmodell wird. Ansonsten wird es dem zunehmenden internen und externen Druck nicht standhalten können, sondern destabilisiert werden.

Schließlich verbindet sich mit der Osterweiterung eine historische und politische Perspektive, die Europa nicht verschenken darf: die Schaffung von dauerhaften stabilen demokratischen Verhältnissen auf unserem Kontinent. Dies muß auch für die Gewerkschaften ein übergeordneter Gesichtspunkt bleiben.